



Per E-Mail

Bundesamt für Justiz

Bundesrain 20

3003 Bern

reto.feller@bj.admin.ch

Vernehmlassung zum Vorentwurf der Umsetzung der Motion 15.3557 Caroni Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen:

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP Schweiz unterstützt diese Vorlage in der vorliegenden Form nicht, schlägt hingegen die Einführung des fakultativen Referendums für sämtliche Staatsverträge vor (siehe dazu unten stehend Ziff. 2). Damit unterstützen wir das grundsätzliche Ziel dieser Vorlage, die direkt-demokratische Mitbestimmung im Bereich der Staatsverträge auszubauen.¹ Nach Auffassung der SP Schweiz ist dafür aber das fakultative Referendum ausreichend: Ein dadurch in einer Abstimmung erreichtes Volksmehr verschafft unserer Auffassung nach die vollständige demokratische Legitimation für einen Staatsvertrag.²

Die Einführung des fakultativen Referendums für alle Staatsverträge würde im Unterschied zur Vorlage in der vorliegenden Form nicht nur zu einem Ausbau der direkt-demokratischen Mitentscheidung bei Staatsverträgen führen, sondern auch für Klarheit und Rechtssicherheit sorgen: Es zeigt sich immer wieder, dass es zum Zeitpunkt des Abschlusses eines Staatsvertrages schwierig ist abzuschätzen, ob dessen Umsetzung wesentlichen Einfluss auf die in Art. 140 Abs. 1 lit. b^{bis} VE-BV genannten Bereichen haben wird und folglich gemäss Vorentwurf dem obligatorischen Referendum unterstellt werden

¹ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 3.

² Siehe dazu Votum Paul Rechsteiner in der Ständeratsdebatte vom 29.2.2016, S. 4; vgl. dazu auch Parteiprogramm der SP Schweiz, Oktober 2010, S. 38.

müsste. In diesem Zusammenhang erachten wir die Formulierung von Art. 140 Abs. 1 lit. bbis VE-BV als auslegungsbedürftig und deshalb wenig praktikabel.³

2 Weitere Vorschläge

2.1 Einführung eines fakultativen Referendums für alle Staatsverträge (Art. 141 Abs. 1 lit. d BV)

Wie oben ausgeführt (siehe Ziff. 1) befürwortet die SP Schweiz der Ausbau der Volksrechte bei der Genehmigung von Staatsverträgen. Deshalb bitten wir den Bundesrat, als Alternative zum vorliegenden Vorentwurf die Einführung des fakultativen Referendums für sämtliche Staatsverträge vorzusehen (Art. 140 BV unverändert belassen; Streichung Ziff. 1-3 in Art. 141 Abs. 1 lit. d BV): Dies würde die direkt-demokratische Mitbestimmung bei Staatsverträgen einheitlich und nachvollziehbar regeln, der Rechtssicherheit dienen und dabei insbesondere das aktuell bestehende Problem der zu geringen direkt-demokratischen Legitimation einzelner Staatsverträge mit unvorhersehbar grosser Tragweite und bei Freihandelsabkommen beseitigen.⁴

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat
Präsident



Claudio Marti
Politischer Fachsekretär

³ Vgl. auch Vernehmlassungsantwort der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Lausanne, S. 4,5.

⁴ Siehe Votum Jacqueline Fehr Nationalratsdebatte zum Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und China vom 10.12.2013, S. 3, vgl. dazu auch O. Diggelmann, Muss das Freihandelsabkommen der Schweiz mit der Volksrepublik China dem fakultativen Staatsvertragsreferendum unterstellt werden, Rechtsgutachten, 2014 und C. Sieber-Gasser, Andocken der Schweiz an Handelsabkommen der Europäischen Union – Mitsprache und Demokratische Legitimation, In: A. Müller und W. Schroeder (Hrsg.), Demokratische Kontrolle völkerrechtlicher Verträge: Perspektiven aus Österreich und der Schweiz, Nomos/DIKE/facultas, S. 148ff.